

**Bernd Marin**

*Der Standard, 21. Juli 2009*

## **Tax the „Golden Sacks“**

*Erneute Ertrags- und Gagenparty in Wallstreet, staatlich gesponsert, inmitten der Wirtschaftskrise. Wie „socialist“ sind Obamas „Reichensteuern“ und was bringt die Besteuerung von „Goldsäcken“?*

Goldman Sachs, im US-Volksmund spöttisch „golden sacks“, feierte (wie JPMorgan) seine Wiederauferstehung Monate nach dem Kollaps Ende 2008: höchster Quartalertrag seiner 140-jährigen Geschichte, höchste Marktanteilsgewinne in Wallstreet „ever“, 13,76 Milliarden Dollar oder 46% mehr net revenue als im ersten Quartal, 3,44 Mrd netto „blowout profits“, auf den Ruinen gestürzter Konkurrenten wie Lehmann Bros und Bear Stearns oder torkelnder Rivalen wie Bank of America. Auf die um 19% auf 29.400 reduzierte Belegschaft warten im Mittel rd 770.000 \$ Jahresgage (nicht einmal die halben Einkünfte durchschnittlicher Premier League Fußballer, deren Clubs höchst verschuldet sind), auf 50 Spitzenbanker wohl wieder zwischen 20 und 69 Millionen Dollar (nach nur 1,1 Mio \$ für den CEO im Krisenjahr 2008), wie in besten Börsenboomzeiten.

Lakonisches „we pay for performance“ wäre weniger provokant, würde diese Bonusorgie nicht inmitten von Weltwirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit, Verlust von 20 Jahren Vermögensaufbau und millionenfacher Delogierungen von Mittelstandsfamilien und Zwangsversteigerungen ihrer Heime stattfinden. Es wäre weniger fragwürdig, hätte Goldman nicht eben erst 10 Mrd „bailout money“ aus dem Troubled Asset Relief Program zurückgezahlt; trotz Halbierung der leverage ratio (Anteil geborgten Geldes zur Hebelung von Wetten) seine VAR (value at risk) um 33% auf 245 Mio \$ tägliche Verlustrisiken erhöht; sich seine Exposure zum Pleiteversicherer AIG (Trikotsponsor von

Manchester United) zu 100% um 13 Mrd Staatsgeld ablösen lassen; großzügig geförderte Schuldverschreibungen bzw. Staatsgarantien in Anspruch genommen; und zugleich wieder massiv gegen striktere Regeln für Finanzmärkte lobbyiert. Vor allem haben gerade kurzfristige Prämien für exzessive Risiken den Finanzcrash ausgelöst und der Mix aus ultraliberalem laissez-faire und staatlicher Haftung macht künftige Krachs wahrscheinlicher.

Angesichts politischer Hilflosigkeit gegen -über diesem gespenstischen déjà vue Treiben hilft es nur psychologisch, dass Präsident Obama gleichzeitig „Reichensteuern“ ab 2011 zur Finanzierung der Hälfte seiner Gesundheitsreform ankündigte, 544 Mrd bis 2020, die 46 Millionen Amerikaner erstmals krankenversichern wird. Diese „Reichensteuer“ trifft nur Reiche und nicht die Mittelschichten (wie etwa die von Voves und der GPA geforderten Vermögenssteuern): Einkommen bis 280.000 \$ für Alleinverdiener bzw. 350.000 \$ für Paare bleiben unangestastet, darüber werden ein (ab 2013 zwei) Prozent „surtaxes“ fällig, ab 500.000 \$ 1,5-3 %, über einer Million Dollar im Jahr künftig 5,4 % mehr Steuern.

Republikaner wüten gegen Obama's „socialism“. Doch wenn 45% Höchststeuersatz ab einer Million Dollar Jahreseinkommen (und nicht ab 60.000 € wie bei uns) „socialism“ sind, dann wäre der weltweit intellektuell komatöse bis mausestote Sozialismus wohl auch in Österreich so mehrheitsfähig und populär wie die liberal democrats derzeit in den USA. Denn „Goldsäcke“ gibt es nicht nur an der Wallstreet und gerade „Leistungsträger“ demoralisierende, als „unverdient“ erlebte Supergagen werden der Mainstreet durch „Reichensteuern“ etwas erträglicher.